

## Sozialwissenschaftliche Informationen

## Sozialstaat

Einleitung  
(R. Steiert, G. Willke)

### Beiträge

- Geschichte des Sozialstaats (S. Rouette)
- Bedürfnisse und Bedürftigkeit (D. Crew)
- Bestimmungsfaktoren der Sozialstaatsentwicklung (M. Groser)
- Umbau des Sozialstaats (G. Willke, M. Willke)

- Alter im Sozialstaat (F. Nullmeier, F. W. Rüb)
- "Bürgernähe" eines Sozialministeriums (S. Diemer)

### Unterrichtspraxis

- Sozialhilfe als politisches Problem (G. Breit)

### Berichte und Kritik

- Sozialpolitik in der EG (P. Mehl)
- Zur Lage der Wohlfahrtsverbände (E. Ratzke)

## Inhaltsverzeichnis

S. 3 Einleitung (R. Steiert, G. Willke)

### Beiträge

S. 5 Zur Geschichte von Sozialpolitik und Sozialstaat in Deutschland. Einige neuere Veröffentlichungen (S. Rouette)

S. 12 Bedürfnisse und Bedürftigkeit. Wohlfahrtsbürokratie und Wohlfahrtsempfänger in der Weimarer Republik (D. Crew)

S. 20 Bestimmungsfaktoren der qualitativen und quantitativen Entwicklung des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland (M. Groser)

S. 26 Umbau des Sozialstaats im Lichte konkurrierender Sozialstaatskonzeptionen (G. Willke, M. Willke)

S. 34 Alter im Sozialstaat. Zur Entwicklung der Alterspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (F. Nullmeier, F. W. Rüb)

S. 40 Die »Bürger Nähe« eines Sozialministeriums. Das Beispiel Baden-Württembergs (S. Diemer)

### Unterrichtspraxis

S. 47 »Sozialhilfe« – aus der Sicht der Betroffenen. Didaktische Planung von Unterricht und Überlegungen zur konkreten Lernebene (G. Breit)

### Berichte und Kritik

S. 58 Sozialpolitik in der EG und soziale Dimension des Binnenmarktes (P. Mehl)

S. 65 Zur Lage der Wohlfahrtsverbände in der »Krise des Sozialstaates« (E. Ratzke)

### Literaturhinweise

S. 69 Bürger Nähe Verwaltung (S. Diemer)

S. 71 Arbeiterbewegung, Parteiengeschichte (P. Brandt)

## Mitarbeiter dieses Heftes

Peter Brandt, Dr. phil., Privatdozent,  
Institut für Geschichtswissenschaft,  
Techn. Universität Berlin

Gotthard Breit, Dr. phil.,  
Technische Universität Braunschweig

David Crew, Ph. D., Prof.,  
Department of History,  
University of Texas at Austin

Susanne Diemer,  
Institut für Politikwissenschaft,  
Universität Tübingen

Manfred Groser, Dr. phil., Prof.,  
Fachbereich Sozialwesen,  
Universität Bamberg

Peter Mehl,  
Institut für Politikwissenschaft,  
Universität Tübingen

Frank Nullmeier,  
Institut für politische Wissenschaft,  
Universität Hannover

Erwin Ratzke, Dr. phil.,  
Göttingen

Rudolf Steiert, Dr. phil.,  
Institut für Politikwissenschaft,  
Universität Tübingen

Susanne Rouette,  
Institut für Geschichtswissenschaft,  
Techn. Universität Berlin

Friedbert W. Rüb, Dr. phil.,  
Institut für politische Wissenschaft,  
Universität Hannover

Gerhard Willke, Dr. rer. pol., Privatdozent,  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,  
Universität Tübingen

Martin Wilke, Dr. jur.,  
Regierungsdirektor im Landratsamt  
Reutlingen

### **Herausgeber und Redaktion**

Gerhard Hufnagel, Geschäftsführer, Siegen  
Alf Lüttke, Göttingen  
Rudolf Steiert, Tübingen  
Herbert Uhl, Freiburg  
Georg Weißenö, Wuppertal  
Gerhard Willke, Tübingen

### **Ständige Mitarbeiter**

Paul Ackermann, Reutlingen  
Thomas Berger, Göttingen  
Monika Bösel, Darmstadt  
Wolfgang Bonß, Hamburg  
Bernhard Claußen, Hamburg  
Martin Doehlemann, Münster  
Michael Geyer, Chicago  
Detlef Klotz, Bielefeld  
Ulrich M. Kremer, Meinerzhagen  
Hans Medick, Göttingen  
Gerd Meyer, Tübingen  
Jürgen Sandweg, Erlangen  
Rainer Wirtz, Mannheim  
Heide Wunder, Kassel

### **Redaktionsanschrift**

Prof. Dr. Gerhard Hufnagel  
Universität Siegen  
Fachbereich 1/Politikwissenschaft,  
Postfach 10 12 40,  
5900 Siegen  
Telefon 02 71 / 7 40-45 08

### **Die nächsten Hefte ...**

- |      |                                |      |                   |
|------|--------------------------------|------|-------------------|
| 2/89 | Energie und politisches System | 4/89 | Männer und Frauen |
| 3/89 | Geschichte der Juden           | 5/89 | Steuerstaat       |

Universität  
Bibliothek  
München

*Sozialwissenschaftliche Informationen* wird herausgegeben von Gerhard Hufnagel (Geschäftsführer verantw. i. S. d. P.), Siegen; Alf Lüttke, Göttingen; Rudolf Steiert, Tübingen; Herbert Uhl, Freiburg; Georg Weißenö, Wuppertal; Gerhard Willke, Tübingen.

Gesamtherstellung: Ulrike Grams-Wieler, Telefon: 05 11 / 4 00 04-45

Verkaufs- und Anzeigenleitung: P. Schrader

Anzeigenabwicklung: Telefon: 05 11/4 00 04-50,-51

Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 01.01.1989

Vertrieb und Abonnement: Telefon: PZ, 05 11/4 00 04-11, -12

Verlag: PZ PädagogikaZentrale GmbH, Postfach 10 02 02, Im Brande 15 A, 3016 Seelze-Velber

Das Jahresabonnement von **«Sozialwissenschaftliche Informationen»** besteht aus 4 Einzelheften. Der Einzelheftbezugspreis im Abonnement beträgt DM 9,75, Inland DM 39,00, Ausland DM 43,00.

Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Die Mindestbestelldauer des Abonnements beträgt 1 Jahr. Es läuft weiter, wenn nicht 6 Wochen vor dem berechneten Zeitraum gekündigt wird. Bei Umzug bitte Nachricht an den Verlag mit alter und neuer Anschrift sowie der Abo-Nummer (steht auf der Rechnung).

Sozialwissenschaftliche Informationen ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter oder direkt vom Verlag. Auslieferung in Österreich durch ÖBV Klett Cotta, Hohenstauffengasse 5, A-1010 Wien 1. Auslieferung in der Schweiz durch Bücher Balmer, Neugasse 12, CH-6301 Zug. Weiteres Ausland auf Anfrage.

© Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig geprüft. Unverlangt eingesandte Bücher werden nicht zurückgeschickt. Die als Arbeitsblatt oder Material bezeichneten Unterrichtsmittel dürfen bis zur Klassen- bzw. Kursstärke vervielfältigt werden. Die Zeitschrift wird regelmäßig im «Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SO-LIS» des Informationszentrums Sozialwissenschaften (Lennéstr. 30, 5300 Bonn) erfaßt.

Mitglied der Fachgruppe Fachzeitschriften im VDZ

ISSN 0932-3244

ISBN3 - 617 - 25017 - 3

Satz: PZ Pädagogika Zentrale GmbH, 3016 Seelze-Velber

Druck: General-Anzeiger-Verlag Hugo Welge GmbH & Co.KG, Stadthagen

## Die energiewirtschaftliche Lage der DDR – ein Beispiel für die Systemschwächen einer Planwirtschaft

*Die Nutzung des wichtigsten Energieträgers der DDR, der Braunkohle, wird immer kostspieliger und führt zu schwerwiegenden Umweltproblemen. Da die DDR über keine nennenswerten Vorkommen an anderen fossilen Energieträgern verfügt und Energieimporte sowie energiesparende Innovationen nur begrenzt finanzierbar sind, gilt als einzige realistische Alternative zur Braunkohlenutzung heute der Ausbau der Kernenergie. Diese Einengung des Entscheidungsspielraums für die Sicherung des zukünftigen Energiebedarfs auf die Wahl zwischen der kostspieligen und umweltbelastenden Braunkohle und dem Risiko Kernenergie hat systemspezifische Ursachen: energiepolitische Fehler in der Vergangenheit, die Innovationsschwächen einer Planwirtschaft und nicht zuletzt die Unterdrückung einer freien, öffentlichen Debatte über die Energiepolitik.*

### 1. Kritische Versorgungslage

Im Januar 1987, als während einer mehrere Tage anhaltenden Kälteperiode bei Temperaturen unter minus 15° C die sehr wasserhaltige Braunkohle (bis zu 58 Prozent) auf den Tagebauen der DDR erstarrte und an Baggerschaufeln, auf Transportbändern und in Wagons festfror, machte sich die *Witterungsanfälligkeit der Energieversorgung* in dem hochentwickelten Industrieland DDR bemerkbar: Kommunale Einrichtungen, Betriebe und Zehntausende von Wohnungen in mehreren Bezirken des Landes blieben tagelang ohne ausreichende Versorgung mit Elektrizität und Wärmeenergie. Betriebe mußten an Wochenenden Sonderschichten fahren, um Produktionsausfälle aufzuholen; mit einer Arbeitszeitverlagerung in die Nachtstunden versuchte man, den Energiebedarf zu entzerren (vgl. Neues Deutschland vom 15.1.1987, S. 1 und 3; 20.1.1987, S. 1 und 3).

Der Engpaß im Frühjahr 1987 war Folge der dominierenden Rolle einheimischer Braunkohle für die Energieversorgung der DDR. Mit den 310 bis 320 Millionen Tonnen *Rohbraunkohle*, die jährlich zwischen Elbe und Oder gefördert werden, erreicht die DDR rund ein Viertel der weltweiten Jahresproduktion und deckt damit zur Zeit etwa siebzig Prozent ihres Primärenergiebedarfs sowie über achtzig Prozent der Elektrizitätsproduktion.

Rund zwei Drittel der in der DDR geförderten Rohbraunkohle wird in Industrie-, Heiz-

und Kraftwerksöfen zur Erzeugung von Wärmeenergie und Elektrizität verfeuert. Die restliche Rohbraunkohle, etwa 100 Mio Tonnen pro Jahr, wird durch Reduzierung des Wassergehalts zu Briketts veredelt, die aufgrund ihres höheren Energiegehalts auch zur Beheizung von Wohnungen geeignet sind (vgl. Tabellen S. 104).

Mit der *extensiven Nutzung* ihrer Braunkohlenvorkommen erreicht die DDR einen hohen Grad an energiewirtschaftlicher Selbstversorgung: Während die Bundesrepublik rund sechzig Prozent ihres Primärenergiebedarfs aus Importen decken muß, liegt dieser Anteil in der DDR bei etwa zwanzig Prozent.

Um ihre Außenhandelsbilanz nicht weiter zu belasten, ist die DDR bemüht, den Anteil der Importe an der Energiebedarfsdeckung möglichst niedrig zu halten. Einen nicht näher bilanzierbaren Teil des importierten Erdöls verbraucht die DDR nicht selbst, sondern verkauft es sowohl als Rohöl als auch veredelt, zum Beispiel als Kraftstoff und Heizöl, gegen harte Devisen in westliche Länder:

Für den hohen Selbstversorgungsgrad zahlt die DDR allerdings auch einen hohen Preis: Um heute eine Tonne Rohbraunkohle zu gewinnen, sind in den Tagebauen der DDR durchschnittlich 4,6 m<sup>3</sup> Abraum und 6,1 m<sup>3</sup> Wasser zu bewegen. Bereits in den sechziger und siebziger Jahren, als das Kohle-Abraumverhältnis sehr viel günstiger war, verschlang von jeder Mark, die zur Förderung der Rohkohle investiert wurde, die Beseitigung des Abraums 60 bis 70 Pfennig. Bis zum Jahre 2000 rechnet man damit, durchschnittlich 6 m<sup>3</sup> Abraum

## Deckung des Energiebedarfs – ein Vergleich Bundesrepublik-DDR\*

	Bundesrepublik	DDR
<b>Primärenergieverbrauch 1986</b> (in Mio t Steinkohleeinheiten)	11 328 Petajoule 386,5	3 777 Petajoule 128,9)
<b>Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch 1984</b>	(in Prozent)	
– Braunkohle	10,2	69,4
– Steinkohle	21,1	6,1
– Erdöl	42,0	10,7
– Naturgas	15,9	10,3
– Kernenergie	8,1	3,3
– sonstige (vor allem Wasserkraft und Außenhandelsaldo Strom)	2,7	0,2
<b>Elektroenergieerzeugung 1986 (in Millionen Megawattstunden)</b>	408,2	115,3
<b>Anteil der Energieträger an der Stromproduktion 1986</b>	(in Prozent)	
– Braunkohle	20,4	83,7
– Steinkohle	29,3	0,2
– Mineralöl	3,1	0,6
– Erdgas	6,2	keine Angaben
– Kernenergie	33,2	9,5
– Wasserkraft	4,5	1,5
– Sonstige Brennstoffe	3,3	4,5

\* nach: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987*, Bonn 1987, S. 696; Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): *Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986*, Bonn 1987, S. 3 und S. 38; Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, Berlin (Ost) 1988, S. 155.

und 8 m<sup>3</sup> Wasser je geförderter Tonne Rohbraunkohle beiseitigen zu müssen. Da die Flözmächtigkeit abnimmt, ist ein Kostenausgleich der ungünstigeren geologischen Bedingungen durch rationellere Abbauverfahren nur begrenzt möglich. Außerdem wachsen die *Umweltbeeinträchtigungen* durch den Tagebau. Obwohl bereits 3000 ha Nutzfläche im Jahr dem Tagebau zum Opfer fallen, werden die *Eingriffe* in die Landschaft und vor allem auch in gewachsene Lebensgemeinschaften noch ansteigen, denn, so eine energiewirtschaftliche Fachzeitschrift der DDR, der Abbau «greift zunehmend in dicht besiedelte und landwirtschaftlich intensiv genutzte Gebiete ein» (Energietechnik, 1/1987, S. 10). Mittlerweile gefährdet der Braunkohlenabbau auch die Grundwassernutzung: So führen die durch Tagebau verursachten großräumigen Grundwasserabsenkungen in den Braunkohleregionen um Cottbus sowie im Raum Halle-Leipzig zu Defiziten der regionalen Grundwassergewinnung, so daß man für die dortige Trinkwasserversorgung auf Fernzuleitungen aus dem Thüringer Raum zurückgreifen muß. Hinzu kommt die Belastung des Grundwassers durch Auswaschungen von Schadstoffen aus Industrieabfällen, die man in den Restlöchern des Braunkohlenbergbaus gelagert hatte (vgl. Informationsbüro West 88. und 127. Tagesdienst 1988).

### Importe wichtiger Energieträger in die DDR 1987\*

Steinkohle	Erdgas	Rohöl
7,2 Mio t	7,0 Mrd m <sup>3</sup>	21,0 Mio t
<b>davon aus der UdSSR</b>		
3,9 Mio t	7,0 Mrd m <sup>3</sup>	17,1 Mio t

\*leicht gerundet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, a. a. O., S. 245 und 259

Neben dem Abbau verursacht auch die Nutzung der Braunkohle wachsende Nebenkosten. Aufgrund des Schwefelgehalts der Rohbraunkohle und bisher unzureichender Entschwefelungsmaßnahmen bei der Braunkohlenverbrennung zählt die DDR mit einer Jahresemission von rund 5 Millionen Tonnen Schwe-

feldioxid zu den größten Luftverschmutzern Europas. Ob die zur Zeit in Erprobung befindlichen Umweltschutz-Maßnahmen wie die Wirbelschichtfeuerung, die kombinierte Entstaubung und Entschwefelung und die Naßreinigung der Rauchgase rasch zu einer deutlichen Reduzierung des Schadstoffausstoßes führen werden, läßt sich noch nicht absehen (vgl. Neues Deutschland vom 24./25.1.1988, S. 3). Obwohl nach amtlichen Angaben allein die Kosten für die Braunkohlenförderung zwischen 1975 und 1985 um das Doppelte angestiegen sind (vgl. Arbeitsgruppe Rationelle Energieanwendung beim Ministerrat u. a. 1985, S. 2), sieht sich die DDR gezwungen, den hohen Anteil der Braunkohle an der Energieversorgung vorerst aufrechtzuerhalten. So strebt der laufende Fünfjahresplan an, bis 1990 den Braunkohlenabbau auf 330 bis 335 Millionen Tonnen zu erhöhen, was zusätzliche Investitionen in den Bergbau erforderlich machen wird (vgl. Mitzinger 1987, S. 125).

### Kernenergie als Hoffnung

Als einzige realistische Alternative zur Braunkohle gilt unter den Energie-Experten der DDR die Kernenergie. Zur Zeit speisen in der DDR fünf, von der Sowjetunion gelieferte Reaktoren Elektrizität ans Netz: der seit 1966 arbeitende 70 Megawatt starke Reaktor im Kraftwerk Rheinsberg, im Norden des Bezirks Potsdam, am Stechlinsee, sowie die vier 440 Megawatt Reaktoren, die zwischen 1973 und 1979 im «VEB Kernkraftwerk Greifswald Bruno Leuschner» an der Ostsee am Greifswalder Bodden in Betrieb gegangen sind. Bis 1990 soll der Anteil der Kernenergie an der Elektroenergieversorgung auf 15 Prozent ansteigen; außerdem plant man eine vermehrte Nutzung von *Kernenergie-Anlagen* für die Lieferung von Fernwärme. Seit 1983 wird die Stadt Greifswald mit Fernwärme aus dem nahegelegenen Kernkraftwerk versorgt. Langfristig will man nicht nur Wärmeenergie aus Kernkraftwerken auskoppeln, sondern sogar spezielle Kernheizwerke zur Niedrigtemperatur-Versorgung einsetzen (vgl. Adam u. a. 1987). Und schließlich kommt eine aktuelle Studie über die Energieversorgung nach dem Jahre 2000 zu dem Ergebnis: «Die Rolle der Kernenergie nach etwa 2010 wird dominierend werden für die Primärenergie, wenn die Importenergieträger Erdöl und Erdgas auf dem niedrigen Niveau bleiben

sollen wie jetzt» (Gerisch 1988, S. 87). Doch nach den bisherigen Erfahrungen sind Zweifel an der *Realisierbarkeit* der großen Pläne mit der Kernenergie angebracht. Von den fünfziger Jahren bis in die unmittelbare Vergangenheit mußten die Erwartungen an den Ausbau der Kernenergienutzung immer wieder, zum Teil erheblich, nach unten korrigiert werden (vgl. Kahlert 1988, S. 69 ff.). Noch Ende 1983 rechneten DDR-Experten mit der Inbetriebnahme von vier weiteren Reaktoren im Greifswalder Kraftwerk bis Ende der achtziger Jahre, danach sollten zwei 1000 Megawatt-Reaktoren im Kernkraftwerk Stendal, bei Magdeburg, in Betrieb gehen (vgl. Energietechnik H. 12/1983, S. 458). Doch die schon mehrfach verschobene Inbetriebnahme der Reaktoren wird sich weiter verzögern.

Da weder in der Fachliteratur noch in der Presse eine offene Diskussion über die Chancen, Probleme und Risiken der Kernenergienutzung stattfindet, ist die Frage nach den Ursachen für das seit 1979 anhaltende *Quasi-Moratorium* beim Ausbau der Kernenergie schwer zu beantworten. Fehlschläge in der sowjetischen Reaktorbaulndustrie, Engpässe in der Entsorgung abgebrannter Brennelemente und ein Anstieg der Baukosten mögen ebenso eine Rolle spielen wie das gewachsene Risikobewußtsein der Energieplaner (vgl. Kahlert 1988, S. 74 – 82). Festzuhalten ist jedenfalls, daß nach dem bisherigen Planungsstand eine Entlastung der Energieversorgung von der mittlerweile als zu kostspielig erkannten Braunkohle mit dem Preis des Risikos einer vermehrten Kernenergienutzung bezahlt werden soll: «Die tatsächliche Alternative für die Braunkohle ist unter den Bedingungen der DDR nur die Kernenergie. Nur sie kann langfristig einem sonst unausweichlichen Kostenanstieg begegnen und die dringend notwendige ökologische Entlastung bringen und dauerhaft machen» (Ufer 1988, S. 163).

### 2. Systemversagen: Planideal und Realität

Die Einlösung der planwirtschaftlichen Grundannahme, die wirtschaftliche Entwicklung sei optimal auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, die vorhandenen Ressourcen, die Leistungsfähigkeit der Industrie und die Innovationsfähigkeit von Wissenschaft und Technik abzustimmen, ist gerade auf energiewirtschaftli-

chem Gebiet schwierig. Auf der einen Seite sind aktuell zu treffende energiewirtschaftliche Entscheidungen weit in die Zukunft wirksam. So bindet zum Beispiel die Modernisierung des Kohlebergbaus langfristig Investitionsmittel, der Ausbau der Kernenergie schafft über Jahrzehnte wirksame Risiken, heutige Versäumnisse bei der Förderung alternativer Energietechnologien engen die Optionen in der Zukunft ein. Auf der anderen Seite ist die Vorhersehbarkeit und Planbarkeit der Entwicklung begrenzt: Der zukünftige Energiebedarf wird beeinflusst vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt, vom Wachstum einzelner Branchen, von der Innovationsfähigkeit der Betriebe und nicht zuletzt auch von den Lebensgewohnheiten sowie den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung.

Der optimale Weg zur Bedarfsdeckung wiederum ist unter anderem abhängig von eigenen Rohstoffvorräten, von der Flexibilität der Energiekonsumenten, von Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt, von der prinzipiellen Zugänglichkeit zu Energieressourcen anderer Länder und zunehmend auch von Erfordernissen des Umweltschutzes. Für eine langfristig stabile, ökonomisch rentable und wirtschaftspolitisch verlässliche Planung der Energieversorgung müßte man nicht nur die Entwicklung dieser Rahmenbedingungen einigermaßen sicher vorhersehen können; obendrein wäre auch die Gewißheit erforderlich, daß die Energiekonsumenten, ob als Betriebsleiter, Hausfrau, Arbeiter oder Kraftfahrzeugbetreiber, sich an die Vorgaben der Planer halten.

Beachtet man diese Vielzahl von Einflußfaktoren auf die reale energiewirtschaftliche Entwicklung, dann wird verständlich, daß die planmäßige Gestaltung der Energiewirtschaft anfällig für eine Reihe *systembedingter* «Störfaktoren» ist:

- Das Interesse der Betriebsleiter und der Wirtschaftsbürokratie an «weichen», möglichst sicher zu erfüllenden Plänen in ihrem Verantwortungsbereich und an hohen Ressourcenzuteilungen verzerrt den Überblick über das tatsächliche Leistungsvermögen und über die mögliche Effektivitätssteigerung in den Kombinaten und Betrieben, weil den planenden Zentralinstanzen zu niedrige Daten über die wahren Produktionsmöglichkeiten und zu hohe Daten über den Ressourcenbedarf geliefert werden (vgl. Knauff 1983, S. 169 f.).
- Da die Preise sich nicht nach Angebot und Nachfrage auf einem freien Markt einpendeln

können, sondern administrativ gesteuert werden, fehlt es der Planwirtschaft nicht nur an verlässlichen Kalkulationsgrößen für Rentabilitätsberechnungen, sondern auch an einem sensiblen Indikator, der einzelne Betriebe und übergeordnete Planungsinstanzen frühzeitig auf ökonomisch sinnvolle Anpassungsreaktionen an sich verändernde Produktionsbedingungen aufmerksam macht (vgl. Frenzel 1988; Melzer 1985).

- Unzureichende Zurechnung des ökonomischen Erfolgs und Mißerfolgs der Betriebe auf die Verantwortlichen und pragmatisches Beharren der an die Befolgung von Normenvorgaben gewöhnten Bürokratie in vertrauten Bahnen dämpfen Initiativen zur Entwicklung und Anwendung effizienterer Produktionsverfahren (vgl. Leipold 1983, S. 227 ff.; Thalheim 1985, S. 352 f.).

Die bisherige Energiepolitik in der DDR weist zahlreiche Beispiele für die Wirkung dieser systembedingten Schwächen auf: Aus Mangel an ausreichend differenzierten Planungsdaten ging man bis in die siebziger Jahre von der mechanischen Vorstellung aus, der Elektroenergiebedarf wachse pro Jahr um 7–8 Prozent. *Energiepolitische Fehlentscheidungen* wurden erst spät erkannt und mußten mit hohen Folgekosten korrigiert werden: So führte in den fünfziger Jahren das Streben nach kurzfristig erreichbaren Wachstumserfolgen in der Energiewirtschaft zu einer Überlastung der Kraftwerke und zu einer Auskohlung von Braunkohlentagebauen, ohne daß man rechtzeitig für ausreichenden Neuaufschluß gesorgt hätte. Da die überlasteten Kraftwerke reparaturanfälliger wurden, verursachten sie bald unplanmäßig lange Ausfallzeiten; für die Braunkohlenförderung mußten später mehrere ungünstigere Tagebaue erschlossen werden, was kurzfristig zu enormen Kostenbelastungen führte (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 1988, S. 19–21).

Schließlich litt die Energiewirtschaft der DDR bis Ende der siebziger Jahre an Entscheidungen, die in den frühen sechziger Jahren getroffen wurden. Damals hoffte man, mit Rohöl aus der Sowjetunion eine langfristig stabile und kostengünstige Alternative zur Braunkohlennutzung aufbauen zu können. Während der Anteil des Erdöls an der Primärenergieversorgung von 2,5 Prozent 1960 auf etwa 20 Prozent Ende der siebziger Jahre anstieg, vernachlässigte man den Braunkohlensektor. Es wurden weniger Neuaufschlüsse getätigt; für

die Modernisierung von Fördermaschinen und Transporteinrichtungen standen nicht genügend Mittel zur Verfügung. Diese Mittelumverteilung erwies sich als Fehler, als die Sowjetunion im Zuge der beiden weltweiten Ölpreisssteigerungen 1973/74 und 1979/80 zwischen den Staatshandels-Ländern eine Neufestlegung der Berechnungsgrundlage für die Erdöl-Bezugspreise durchsetzen konnte: Nach westlichen Berechnungen verachtfachte sich zwischen 1972 und 1980 der Preis, den die DDR pro Barrel Rohöl an die Sowjetunion zu zahlen hatte. Um ihre sprunghaft angestiegene Handelsbilanzschuld abzubauen, sah sich die DDR zu einer drastischen *Kurswende* in der Energiepolitik gezwungen.

Während die SED wenige Jahre zuvor noch verbreiten ließ, die Rohbraunkohleförderung sei mit den erreichten 240 – 245 Millionen Tonnen pro Jahr an ihrem Maximum angelangt, Steigerungen des Energieverbrauchs seien daher nur durch die Ausweitung der Erdölimporte zu decken (vgl. Einheit, H. 6/1974, S. 707), hieß der Kurs Ende der siebziger Jahre: maximale Nutzung eigener Rohstoffreserven. Doch nun wirkten die Versäumnisse gegenüber der Braunkohlewirtschaft nach: 1981 ließ sich kaum mehr Rohbraunkohle als 1970 fördern, die Brikettproduktion lag weiter unter dem Niveau der Zeit vor dem «Erdöl-Boom».

### **Innovationsschwäche behindert Energiesparen**

Gemessen am Produktionsausstoß und am materiell meßbaren Lebensstandard ist die *Energiewirtschaft der DDR* äußerst *unproduktiv*, wie ein Vergleich des Pro-Kopf-Verbrauchs an Primärenergie zwischen der Bundesrepublik und der DDR zeigt: Mit 216 Gigajoule lag 1984 der Energieverbrauch je Einwohner der DDR um 20 Prozent höher als in der Bundesrepublik (180 Gigajoule). Der hohe Primärenergiebedarf der DDR ist zum einen Folge mangelnder Effizienz in der Energiebereitstellung, zum anderen Ergebnis unrationeller Energieanwendung: So benötigen z. B. Braunkohlenkraftwerke der DDR zur Produktion einer Kilowatt-Stunde Elektrizität im Schnitt 8 – 9 Prozent mehr Brennstoffenergie als hiesige Anlagen. Die Verluste durch Energieumwandlung und -transport sind in der DDR größer als in der Bundesrepublik. Und Experten räumten

vor wenigen Jahren ein, daß mit rationelleren Produktionsverfahren in der Metallurgie, der Metallverarbeitung sowie in der Chemie-, Baustoff-, Glas- und Keramikindustrie und in den Großkraftwerken jährlich rund 50 Millionen Tonnen Rohbraunkohle einzusparen wären (vgl. Energietechnik, H. 12/1983, S. 459 ff.).

Bemühungen, den Energieverbrauch zu drosseln, hatte es schon einige Zeit zuvor gegeben. Zunächst mit Appellen, dann mit einer Erhöhung der Bezugspreise für die industriellen Abnehmer von Energie sowie mit der Festlegung von Energieverbrauchsnormen und Sanktionen für die Überschreitung der Kennziffern versuchte die Partei- und Staatsführung seit Mitte der siebziger Jahre, den *Energieverbrauch zu senken*. Trotz einiger Erfolge machten sich systemimmanente Umsetzungsschwierigkeiten des neuen *Sparkurses* bemerkbar: Betriebsleiter zogen es vor, für die Überschreitung der Kennziffern Strafe zu zahlen, statt Produktionsumstellungen zu riskieren, welche die Gefahr von kurzfristigen Produktionseinbußen, und damit des Verlustes von Leistungsprämien, mit sich brachten. «Noch nicht bei allen Verantwortlichen war ein richtiges Verständnis für die Größe der Aufgaben vorhanden, teilweise fehlt es auch heute noch.» (Tzschoppe 1983, S. 11; vgl. Ufer 1988, S. 163).

Nach wie vor sieht sich die Partei- und Staatsführung der SED gezwungen, Sparsamkeit administrativ durchzusetzen. So betonte eine am 1. September 1988 in Kraft getretene Novellierung bestehender Energieverordnungen den Grundsatz einer planmäßigen Erhöhung der Effektivität der Energiewirtschaft und legt eine Vielzahl von Bestimmungen und Maßnahmen fest – Kontingentierungen, Befugnisse von Kontrollorganen, Zwangsgelder, mit denen vor allem die industriellen Energieverbraucher zur Einhaltung staatlicher Sparziele gezwungen werden sollen (vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 10, vom 15.6.1988).

Damit dreht sich in der DDR die innovationshemmende Spirale weiter: Man versucht, mangelnde Eigeninitiative durch weitere staatliche Vorgaben und Vorschriften zu kompensieren, statt ökonomische Anreize für energiesparende Investitionen zu erhöhen. Neben diesen systembedingten Störfaktoren mag auch die politisch erzwungene Konformität der öffentlichen Meinungsbildung um den «richtigen» energiepolitischen Weg die Optionen heutiger Energiepolitik eingeengt haben.



### 3. Fehlende Auseinandersetzungen um den Energiekurs

Als nach dem Tschernobyl-Unglück die Proteste im Westen auch der DDR-Bevölkerung nicht zu verheimlichen waren, versuchte die herrschende Partei sich in ideologischer Schadensbegrenzung. Wenige Tage nach dem Unfall klärte der Direktor des Zentralinstituts für Kernforschung die Leser des «Neuen Deutschlands» und anderer DDR-Zeitungen über die Ursachen der westlichen Proteste auf. «Alles spricht dafür, daß es sich um gezielte Panikmache handelt, die die Weltöffentlichkeit von den Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion ablenken soll. Bezeichnenderweise führen in der Kampagne diejenigen das große Wort, die durch ihr Engagement für die Sternenkriegspläne Washingtons die Menschheit an den Rand des atomaren Abgrunds bringen» (Neues Deutschland, 2. 5. 1986, S. 2).

Analysen sowohl der DDR-Berichterstattung zum Tschernobyl-Unglück als auch der in der DDR erschienenen populärwissenschaftlichen Bücher und Beiträge über die Kernenergie zeigen, daß in der staatlich kontrollierten DDR-Öffentlichkeit nie ernsthaft über Vor- und Nachteile der Kernenergie-Nutzung debattiert wurde. Die öffentliche Berichterstattung für die Laien folgte damit der Linie, die seit den fünfziger Jahren auch die Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Sachbücher der DDR beherrscht: *einseitige Herausstellung der Kernenergie als eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Option für die zukünftige Energieversorgung des realen Sozialismus* (vgl. Kahlert 1988, S. 63 – 82 und S. 86 – 105).

So konnte in der durch Zensur und Repression gegen abweichende Meinungen aufgebauten «ideologischen Schutzzone» für die jeweils als richtig ausgegebene Energiepolitik der offiziellen Optimismus über die Lösung der Energieprobleme durch Kernenergie länger politikwirksam bleiben als in einer Gesellschaft, in der Experten und Laien öffentlich um sozial verträgliche Energiestrategien ringen. Kurz: es fehlte mit der öffentlichen Debatte ein «Frühwarnsystem», das rechtzeitig auf energiepolitische Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht hätte.

Die Vielfalt der Optionen hat dabei gelitten: Entgegen der angestrebten Reduzierung der Außenhandelschulden mußten 1987 gegenüber dem Vorjahr die Energieimporte wieder erhöht und der Export von Energieträgern

gesenkt werden (vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1988, S. 243 und 245). Der mögliche Beitrag regenerativer Energieträger zur Primärenergieversorgung im Jahre 2000 wird auf nicht einmal 0,5 Prozent geschätzt, und nicht zuletzt bedeutet der angestrebte Ausbau der Kernenergie eine schwere Hypothek auf die Zukunft: Bisher gibt es für keinen der in Betrieb befindlichen und geplanten Kernreaktoren eine probabilistische Risikoanalyse, mit der die Eintrittswahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls bestimmt werden könnte. Zwar beeilten sich die amtlichen Stellen nach dem Tschernobyl-Unglück zu erklären, die in der DDR betriebenen Kernkraftwerke seien anderer Bauart und sicherer. Aber daß von Vertrauensvorschüssen auf empirisch nicht gesicherte Risikoeinschätzungen nicht viel zu halten ist, hätten die Experten beim Studium ihrer eigenen Fachzeitschrift lernen können. Dort wurde über den in Tschernobyl verunglückten Reaktortyp schon 1974 mit fachmännischer Zuversicht behauptet, auch schwere Havarien seien bei diesem Reaktortyp beherrschbar (vgl. Kernenergie 1974, S. 364 f.).

Kostspielige und umweltbelastende Braunkohlennutzung heute, ein wenig mehr Kernenergie morgen und, wenn alles gut geht, eine dominierende Rolle der Kernenergie in der Zukunft, das ist die energiewirtschaftliche Perspektive nach vierzig Jahren Energiepolitik im «realen Sozialismus».

### Zitierte und weiterführende Literatur

- E. Adam u. a.: Untersuchungen zur Einsatzvorbereitung von Kernheizwerken des Typs AST-500. In: Wiss. Zeitschr. der TU Dresden, H. 3, 1987, S. 81 – 86.  
Arbeitsgruppe Rationelle Energieanwendung beim Ministerrat u. a.: Antworten auf Fragen zur rationellen Energieanwendung. In: Presseinformationen Nr. 150, 1985, S. 1 – 3.  
F. Frenzel: Das sozialistische Geldsystem der DDR. Entstehung und Probleme. In: Deutschland Archiv, H. 7, 1988, S. 765 – 777.  
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Energiepolitik der DDR. Mängelverwaltung zwischen Kernkraft und Braunkohle. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1988.  
G. Gerisch: Anforderungen an die langfristig effektive Gestaltung der Energiewirtschaft. In: Kernenergie, H. 3, 1988, S. 81 – 88.  
J. Kahlert: Die Kernenergiepolitik in der DDR. Zur Geschichte uneingelöster Fortschrittshoffnungen. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1988.

*R. Knauff*: Die Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme. In: *H. Hamel (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland-DDR. Die Wirtschaftssysteme.* München: Beck 1983, S. 116 – 198.

*H. Leipold*: Planversagen versus Marktversagen. In: *H. Hamel, a. a. O.,* S. 199 – 261 .

*M. Melzer*: Preissystem und Preispolitik. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch. Band 2, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1985, S. 1032 – 1043.

*W. Mitzinger*: Die Anforderungen an die Entwicklung der Kohle- und Energiewirtschaft in Durchführung des XI. Parteitags der Sozialistischen Ein-

heitspartei Deutschlands. In: *Energietechnik*, H. 4, 1987, S. 121 – 128.

*K. C. Thalheim*: Wirtschaftspolitik. In: *E. Jesse (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich.* Berlin: Colloquium Verlag 1985, S. 349 – 358.

*H. Tzschoppe*: Rationelle Energieanwendung staatlich gleitet. Berlin (DDR): Staatsvertrag der Deutschen Demokratischen Republik 1983.

*D. Ufer*: Beiträge des Instituts für Energetik zur langfristigen Planung der Energiewirtschaft. In: *Energieanwendung*, H. 5, 1988, S. 161 – 163.